



Stadtratsfraktion

Frau Oberbürgermeisterin Carda Seidel

Joh.-Seb.-Bach-Platz 1

91522 Ansbach

Ansbach, 07. September 2017

Antrag: Mehr Transparenz bei ANregiomed durch öffentliche Sitzungen des Verwaltungsrats

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seidel,

der Stadtrat wolle beschließen:

Die Stadt Ansbach fordert den Verwaltungsratsvorsitzenden des Kommunalunternehmens ANregiomed auf, künftig einen öffentlichen Teil in Sitzungen des Verwaltungsrats einzuführen. Dort sollen analog zu Stadtratsitzungen alle Tagesordnungspunkte behandelt werden, denen eine Geheimhaltungspflicht, wie etwa bei Personalentscheidungen, nicht entgegensteht.

Begründung:

Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Gesundheitsversorgung in Stadt- und Landkreis Ansbach haben das Vertrauen der Bevölkerung in das Aufsichtsgremium von ANregiomed nicht gestärkt. Dies hat auch Auswirkungen auf das Image der Krankenhäuser. Grund dafür war unter anderen mangelnde Transparenz, die zu fragwürdigen Entscheidungen in Hinterzimmern führte. Nicht zuletzt dadurch wurden Beschäftigte und Patienten verunsichert.

Die Rechtsform des Kommunalunternehmens lässt es zu, öffentliche Teile von Sitzungen des Verwaltungsrates festzulegen, wie der Rechtsreferent im Stadtrat am 25.07.2017 ausführte. Bundes- und landespolitische Entscheidungen wie das Krankenhausstrukturgesetz oder das Pflegestärkungsgesetz haben gravierende Folgen für die Gesundheitsversorgung vor Ort; bis hin zur Frage des Erhalts von Kliniken im ländlichen Raum. Solche Punkte gehören in eine öffentliche Diskussion. Ebenso verhält es sich mit Fragen zu Bauinvestitionen und –unterhalt. Eine Geheimhaltung ist hierbei nicht von Nöten und hat in der Vergangenheit wie etwa bei einem PPP-Projekt zu millionenschweren Fehlentscheidungen geführt.

Mehr Transparenz bei ANregiomed kann die sachbezogene Arbeit im Gremium fördern, Vertrauen zwischen den Trägern stärken und die Außendarstellung positiv beeinflussen. Im Stadtrat hat sich gezeigt, dass die öffentliche Behandlung des Themas der Gesundheitsversorgung disziplinierend wirkt und konstruktiver gestaltet werden kann als nicht-öffentliche Endlos-Debatten ohne verbindliche Ergebnisse.

Der Bevölkerung ist ihr Klinikum lieb und teuer. Große Summen der kommunalen Steuer- und Abgabenlast werden –zurecht- in diesen zentralen Bestandteil der Daseinsvorsorge investiert. Die Steuer- und Abgabenzahler wiederum haben dadurch auch Anspruch auf größtmögliche Transparenz. Gleiches gilt für die Beschäftigten, die trotz einer nicht immer erbauenden Informationspolitik tagein, tagaus das Beste für die Patienten geben.

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin Kernstock-Jeremias

Boris-André Meyer

Uwe Schildbach

Offene Linke Ansbach -Stadtratsfraktion- ◀ Boris-André Meyer ◀ Würzburger Landstraße 18
91522 Ansbach ◀ Kontakt: Tel. 0981/2059988 ◀ mobil 0160/93104199
mail boris.meyer@offene-linke-ansbach.de ◀ web www.offene-linke-ansbach.de